

...gehört uns allen

Ihr Wasserpreis schon!

...für 1,687 Mrd. Euro verkaufte das Land Berlin einen Anteil von 49,9% an die Wasserkonzerne RWE und Veolia.

7 Wahrheiten

danach

2004 stieg der Wasserpreis um 30%. Die Bürger zahlen doppelt: 15% Preiserhöhung über die Betriebskosten. 15% werden vom Land Berlin gezahlt - aus Steuermitteln.

Anfang 2004 mussten die Wasserbetriebe zum ersten Mal Wasser chloren.

Seit 1999 wurden ca. 2000 Arbeitsplätze abgebaut - Zuliefererbetriebe nicht eingerechnet.

Die Teilprivatisierung ruiniert den Haushalt, weil das Land Berlin vertraglich verpflichtet ist, eine garantierte Rendite an RWE und Veolia zu zahlen.

Das Land Berlin verzichtet seit 1999 auf einen Großteil der Einnahmen, um die garantierte Rendite zahlen zu können. De facto hat es seine Entscheidungsmehrheit an RWE und Veolia abgegeben.

Annette Fugmann-Heesing handelte im Interesse der Wasserkonzerne. Sie verquickte ihr politisches Amt und ihre Tätigkeit als Unternehmensberaterin.

Weltweit kaufen globale Konzerne kommunale Wasserbetriebe auf - mit oft verheerenden Folgen für die Bevölkerung.

Was können wir tun?

Überall in der Welt wächst das Bewusstsein, dass Wasser - das wichtigste Lebensmittel - nicht in die Hände von überwiegend gewinnorientierten Unternehmen gelangen darf. Die Liste der Beispiele, wo die Privatisierung der Wasserbetriebe wieder rückgängig gemacht wurde (oder wird), wächst von Tag zu Tag: Cochabamba (Bolivien), El Alto (Bolivien), Tucumán (Argentinien), Buenos Aires (Argentinien), Manila (Philippinen), Atlanta (USA), Potsdam (Deutschland). In Uruguay wurde das Verbot, Wasser zu privatisieren, in die Verfassung aufgenommen. Wasser wurde zu einem öffentlichen Gut und Menschenrecht erklärt.

Demzufolge fordern auch wir:

1. Offenlegung der bisher unter Verschluss gehaltenen Verträge zur Berliner Wasserprivatisierung
2. Aufhebung des jetzigen Vertrages, bei dem die Gewinne den privaten Konzernen zugute kommen, die Verluste aber von den BürgerInnen getragen werden
3. Eine nicht-kommerzielle Wasserversorgung unter der Kontrolle der BürgerInnen

Was können Sie heute tun?

Wenn diese Argumente Sie überzeugen, dann sprechen Sie in Ihrer Familie, mit Ihren Freunden, Bekannten und Kollegen darüber!

Beteiligen Sie sich an Aktionen gegen die Privatisierung des Wassers, wo immer Sie von solchen Aktionen hören! Es geht hier um unser aller unmittelbares Interesse - unser Wasser!

...denn Berliner Wasser gehört den Berlinern und nicht den Wasserkonzernen!

Weitere Informationen unter: www.attac.de und www.attacberlin.de

Verfasser: AG-Argumente, Attac Berlin 2005
V.i.S.d.P: J. Erdmann

Wasser...

Ihr Einkommen ist im letzten Jahr vermutlich nicht um 30% gestiegen...

1999 wurden die Berliner Wasserwerke - die größten profitablen Wasserwerke Europas - teilprivatisiert...

7 Lügen

vor der Privatisierung

1. Der Wasserpreis wird nicht steigen, sondern sogar sinken.

2. Die hohe Qualität des Berliner Wassers wird erhalten bleiben.

3. Die 6000 Arbeitsplätze der Berliner Wasserbetriebe sind sicher.

4. Die Berliner Wasserbetriebe wurden teilprivatisiert, um den Berliner Haushalt zu sanieren.

5. Es ist nur eine Teilprivatisierung. Das Land Berlin verkaufte nur 49,9% der Anteile, behält also eine Mehrheit von 50,1%.

6. Die ehemalige Finanzsenatorin Annette Fugmann-Heesing handelte zum Wohl der Berliner Bürger.

7. Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe ist nur eine regionale Angelegenheit.

Die Folgen der Privatisierung

Preisspirale Wasserprivatisierung

Die 30%ige Preiserhöhung ist nicht das Ende. Der Berliner Wasserpreis soll im Jahr 2006 um weitere 15% steigen. Durch die Preissteigerung wird vor allem die garantierte Rendite von ca. 8% für die Aktionäre von RWE und Veolia finanziert.

Gesundheitsrisiko Wasserprivatisierung

Privaten Konzernen geht es (als gewinnorientierte Unternehmen) nicht darum, qualitativ hochwertiges, sondern billig herzustellendes Trinkwasser zu produzieren. Personalabbau und Einsatz der billigsten Methoden (z.B. Chloren) führen nach Privatisierungen oft zu einem Verlust an Know-How und zu einer rapiden Verschlechterung der Wasserqualität - bis hin zu schweren Krankheiten durch verunreinigtes Trinkwasser.

Umweltrisiko Wasserprivatisierung

Sauberes Wasser wird auch bei uns knapp. Zunehmende Industrialisierung, Altlasten und Einleitung von Chemikalien aus Landwirtschaft und Industrie verschmutzen nicht nur das Trinkwasser, sie sickern auch ins Grundwasser. Private Wasserkonzerne betrachten Umwelt- und Gewässerschutz nicht als ihre Aufgabe, sondern als „produktfremde Leistung“ - die Kosten für den Gewässerschutz werden auf den Staat abgewälzt. Private Konzerne investieren auch kaum in das Leitungsnetz, um ihre Rendite zu steigern - hohe Wasserverluste durch defekte Rohre sind die Folge.

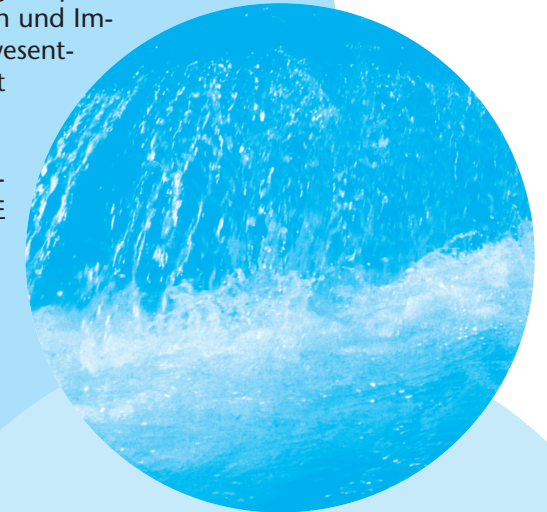
Plünderung des Berliner Haushalts

Um die garantierte Rendite zahlen zu können, werden nicht nur die Wasserpreise erhöht. Das Land Berlin verzichtet auch auf seine eigenen Wassereinnahmen (Konzessionsabgabe) in Höhe von 68 Mio. Euro jährlich - insgesamt auf 1,1 Mrd. Euro innerhalb der Vertragslaufzeit von 28 Jahren. Ein sofortiger Rückkauf der Wasserbetriebe wäre für das Land Berlin um 1 Mrd. Euro billiger als die Aufrechterhaltung des Vertrages mit RWE und Veolia.

Wer profitiert?

Die Wasserkonzerne RWE und Veolia profitieren dreifach:

1. Die garantierte 8% Rendite liegt um 2% höher als die durchschnittliche Rendite 10-jähriger Bundesanleihen. Diesen Zuschlag von 2% hielt der Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig - trotzdem wurde er in den Vertrag aufgenommen.
2. Die 8% Rendite bezieht sich auf das „betriebsnotwendige Kapital“. 2004 wurde dieses Kapital, d.h. der Wert von Grundstücken und Immobilien der Wasserbetriebe, neu bewertet - größtenteils wesentlich höher. Die Berechnungsgrundlage der Rendite ist somit maßgeblich erhöht worden.
3. Die Berliner Wasserbetriebe sind die größten, profitabelsten und renommiertesten Wasserwerke Europas. Für RWE und Veolia bedeutete es einen immensen Image-Gewinn, sie zu kaufen. RWE und Veolia benutzen nun die „vorbildliche Berliner Wasserprivatisierung“ als Argument, um europaweit öffentliche Wasserbetriebe einzukaufen.



Wie konnte es dazu kommen, dass das Abgeordnetenhaus einem solchen Vertrag zugestimmt hat?

...Weil es den Vertrag gar nicht zu Gesicht bekam. Das Verfassungsgericht legte zwar in einem Urteil ausdrücklich fest, dass jedem Abgeordneten alle Verträge vorzulegen seien und die letztendliche Entscheidung über die Privatisierung beim einzelnen Abgeordneten liege. Trotzdem wurden wichtige Teile des Vertrages weder veröffentlicht, geschweige denn überprüft. Der Verkauf der Berliner Wasserbetriebe beruht also auf einem teilweise verfassungswidrigen Vertrag, der ohne demokratische Kontrolle zustande kam.

Ein zweifelhaftes Vorbild

Nachdem in Großbritannien - **dem Vorbild für die Berliner Wasserprivatisierung** - 1989 die staatlichen Wasserbetriebe privatisiert worden waren, stieg der Wasserpreis um 50%. Die Anzahl der Gelbsucht-Fälle nahm um 200% zu, die Anzahl der Ruhr-Erkrankungen um 600%. Im britischen Leitungssystem versickern nun 29% des Wassers. 1997/98 wurden alle zehn privaten englischen Wasserkonzerne wegen Umweltvergehen zu Geldstrafen verurteilt. **Wollen wir tatsächlich britische Verhältnisse in Berlin?**